

Märkische Allgemeine

Potsdamer Tageszeitung



Liaison beendet
Max Kruse bricht mit Union Berlin, weil Geld im Profifußball eben schwerer als Romantik wiegt. **Seite 19**

MAZ

THEMEN DES TAGES

POTSDAM

Zoff um offene Fenster im Treppenhaus

Der Potsdamer Andreas Paulitz hat Ärger mit seinen Nachbarn, weil er regelmäßig den Hausflur lüftet – aus Sorge vor einer Corona-Infektion. Der Mieterverein warnt vor Frostschäden, wenn exzessiv gelüftet wird. **Seite 14**

POTSDAM-MITTELMARK

328 Euro Bußgeld für verbotene Weihnachts-Deko

Mit reichlich Dekoration sorgte Michael Müller für Weihnachtsstimmung vor seinem Grundstück. Nun hat die Gemeinde Kleinmachnow ihm ein Bußgeld aufgebremst, weil er dafür keine Genehmigung hatte. **Seite 17**

BLICKPUNKT

Ein Arzt zwischen Politik und Wissenschaft

Seit zwei Monaten ist Karl Lauterbach (SPD) nicht nur Corona-Mahner sondern auch Bundesgesundheitsminister, der Entscheidungen treffen muss. Über einen Arzt in der Politik und seine Risiken und Nebenwirkungen. **Seiten 2 und 3**

POLITIK

Überraschender Triumph für Portugals Sozialisten

Die Sozialistische Partei hat bei der Parlamentswahl in Portugal mit deutlichem Abstand gewonnen. Die Partei von Regierungschef António Costa kam auf über 41 Prozent. **Seite 5**

BRANDENBURG

Schweinepest-Zaun wird durchlässiger für Tiere

Der Zaun zur Abwehr der Afrikanischen Schweinepest erweist sich als Todesfalle für Rehe. Als Hilfen bei Hochwasser der Oder gibt es jetzt Kleintierbrücken und Schlupflöcher. **Seite 8**

WIRTSCHAFT

Aus Daimler wird Mercedes-Benz

Der Traditionskonzern mit dem Stern bekommt wieder einmal einen neuen Namen. Vorstandschef Källenius schließt einen tiefgreifenden Umbau des Autobauers ab. Die Reise geht weiter – in Richtung Luxus. **Seite 9**

POTSDAMWETTER



Redaktion 0331 | 2840-0
Vertrieb 0331 | 2840377
Anzeigen 0331 | 2840366
AboPlus-Service 0331 | 2840355
E-Mail kontakt@MAZ-online.de
www MAZ-online.de

f @MAZonline **t** @MAZ_online



Warum Quarantäne nervt

Was die Pandemie mit Potsdamer Familien macht: Gabi Borkenhagen und ihre Söhne erzählen zum Auftakt der neuen MAZ-Serie.



Seite 16



FOTO: RAINER SCHÜLER

Omikron: Land regelt Notbetreuung in den Kitas

Debatte über Einsatz von infizierten Mitarbeitern in Kliniken

Von Torsten Gellner und Ulrich Wangemann

Potsdam. Als Reaktion auf die um sich greifende Omikron-Variante plant die Brandenburger Landesregierung erneut eine Kita-Notbetreuung, wie es sie zu Beginn der Pandemie und vor einem Jahr schon einmal gegeben hatte. Demnach sollen Eltern oder Alleinerziehende, die in einem Beruf der kritischen Infrastruktur arbeiten, bei der Betreuung bevorzugt werden. Das geht aus einem Entwurf zur neuen Corona-Verordnung hervor, welcher der MAZ vorliegt. Das Kabinett will sich damit heute beschäftigen.

Sollte in einer Kita die Betreuung aller Kinder nicht mehr möglich sein, weil zu viel Personal ausfällt, dann müssen die Kommunen als Träger eine „vorrangige Weiterbetreuung der nicht in Quarantäne befindlichen Kinder“ gewährleisten, heißt es in dem Entwurf. „Diese Notbetreuung hat Vorrang vor allen anderen Ansprüchen auf Kindertagesbetreuung.“

Anspruch darauf hätten Kinder, wenn mindestens ein Elternteil in oder außerhalb Brandenburgs in der kritischen Infrastruktur arbeitet und eine private Betreuung nicht orga-



Wir müssen akzeptieren, dass wir nicht jede Infektion verhindern können und müssen.

Björn Lüttmann (SPD), Vorsitzender des Gesundheitsausschusses

nisiert werden kann. Dazu gehören Beschäftigte im Gesundheitsbereich, in Schulen und Kitas, bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten, aber auch im Lebensmittelhandel und in der Logistik.

Damit diese Bereiche arbeitsfähig bleiben, wird über eine Verkürzung der Quarantäne und den Einsatz infizierter Personen diskutiert. Der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Brandenburger Landtag, Björn Lüttmann (SPD), sprach sich gegenüber der MAZ für flexible Lösungen aus. Der bürokratische Aufwand in den Gesundheitsämtern sei nicht mehr zu stemmen, in Betrieben, Kitas und Schulen würden Mitarbeiter fehlen, obwohl sie kaum oder gar keine Symptome hätten. „Deshalb plädiere ich dafür, über eine weitere Verkürzung der Quarantänezeiten für gering symptomatische und symptomfreie Menschen nachzudenken“, sagte Lüttmann. „Wir müssen akzeptieren, dass wir nicht jede Infektion verhindern können und müssen, auch dies gehört zum Übergang von der pandemischen zur endemischen Phase.“

Die Debatte war von der Berliner Regierungschefin Franziska Giffey (SPD) ins Rollen gebracht worden.

Sie regte an, dass bei erheblichem Personalausfall auch Infizierte ohne Symptome weiterarbeiten dürfen. „Es geht hier wirklich um den Not-Not-Fall“, sagte Giffey.

In Potsdam beträgt der Krankenstand in der Verwaltung derzeit 12,8 Prozent, bei der Feuerwehr 13,2 Prozent. Einschränkungen in den kritischen Bereichen gebe es derzeit aber nicht, teilte ein Stadtsprecher mit. Am Potsdamer Klinikum „Ernst von Bergmann“ steigt der Krankenstand ebenso wie die Zahl der Mitarbeiter in Kontaktquarantäne. Wenn sich die Lage weiter verschärfe, müssten notfalls tiefgreifendere Maßnahmen ergriffen werden, hieß es auf Anfrage. „Wir müssten im Extremfall die Normalversorgung und unsere OP-Kapazitäten weiter begrenzen und auch Patienten in andere, weiter entfernte Krankenhäuser verlegen“, sagte Geschäftsführer Hans-Ulrich Schmidt. Den Einsatz von infektiösen, symptomfreien Mitarbeitern will er nicht ausschließen. Das sei „sicherlich eine andere Möglichkeit, die wir einsetzen müssten, um die Patientenversorgung aufrechtzuerhalten“, sagte Schmidt. „Wir gehen davon aus, dass es nur im Extremfall notwendig wird.“

Ermittlung nach Unglück in Beelitz

Beelitz. Nach der tödlichen Verletzung eines Fußgängers durch ein Wahlplakat in Beelitz (Potsdam-Mittelmark) untersucht die Staatsanwaltschaft Potsdam den Fall. Es werde geprüft, ob es Anhaltspunkte für ein Fremdverschulden gebe, sagte der Leitende Oberstaatsanwalt Wilfried Lehmann. Die Prüfung sei noch nicht abgeschlossen. Der Mann war ums Leben gekommen, nachdem eine Windböe ein 3,5 mal 2,5 Meter großes Wahlplakat umgeworfen hatte. **Seite 17**

Inflation sinkt unter fünf Prozent

Wiesbaden. Die Inflation ist zu Beginn des neuen Jahres unter die Marke von 5 Prozent gesunken. Im Januar lag die Teuerungsrate bei 4,9 Prozent, wie das Statistische Bundesamt gestern in einer ersten Schätzung mitteilte. Analysten hatten allerdings einen deutlich geringeren Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahresmonat von 4,4 Prozent erwartet. Im Dezember lag die Teuerungsrate bei 5,3 Prozent. **Seite 9**

Brandenburgs Polizei trauert mit Kollegen

Zwei Beamte in der Pfalz bei Verkehrskontrolle getötet – Tatverdächtige festgenommen

Kusel. Die tödlichen Schüsse auf zwei junge Polizisten in Rheinland-Pfalz haben in Berlin und Brandenburg für Bestürzung gesorgt. Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) zeigte sich gestern schockiert. „Wer das getan hat, muss zur Rechenschaft gezogen werden“, teilte sie im Kanal der Senatsverwaltung für Inneres im Kurznachrichtendienst Twitter mit.

Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) sprach von einer schrecklichen Tat, die unfassbar sei. „Der Tod der Polizistin und des Polizisten erschüt-

tert mich zutiefst“, teilte er im Twitter-Kanal des Innenministeriums mit. Die Polizei Brand-

burg wünschte den Angehörigen, Kolleginnen und Kollegen per Twitter „viel Kraft in den

schweren Stunden“. Eine 24 Jahre alte Polizeianwärtin und ein 29 Jahre alter Polizeibeamter waren am Montag bei einer Verkehrskontrolle in der Nähe von Kusel in der Pfalz erschossen worden.

Ein per Fahndung gesuchter 38-jährige Verdächtiger hatte sich gestern Abend über seine Anwälte bei der Polizei gemeldet. Er wurde vor einem Haus im saarländischen Sulzbach festgenommen. In diesem Haus wurde kurze Zeit später ein 32 Jahre alter weiterer Verdächtiger verhaftet. **Seite 24**



Polizeibeamte an der Absperrung in Tatort-Nähe. FOTO: GOLLNOW/DPA

Aktivisten blockieren Autobahn

Berlin. Aktivisten haben gestern mit der Blockade der Autobahn A100 in Berlin begonnen. Die Demonstranten der Kampagne „Essen Retten – Leben Retten“ besetzten Zu- und Abfahrten an der Anschlussstelle Beusselstraße. Anschließend wurde die Fahrbahn selbst blockiert. Die Aktivisten fordern ein Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung und eine Agrarwende. Sie nennen sich „Aufstand der letzten Generation“. **Seite 7**